

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|---|---|
| 1. Aktuelle Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes zum Thema "Lärmerregung und übliche Wirtschaftsführung in der Landwirtschaft" | für Gemeinden und Gemeindeverbände |
| 2. Information über die Änderung der Auflösungsabgabe | 4. Neuerlassung der Übertragungsverordnung Baupolizei |
| 3. Verordnung vom 27. November 2018 über die Festlegung von Haftungsobergrenzen | 5. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2019 |
| | 6. Bedarfszuweisungen 2018 |
| | <i>Verbraucherpreisindex für November 2018 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

1.

Aktuelle Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes zum Thema "Lärmerregung und übliche Wirtschaftsführung in der Landwirtschaft"

Gemäß § 1 Abs. 1 des Landes-Polizeigesetzes ist es verboten, ungebührlicher Weise störenden Lärm zu erregen. Nach der Bestimmung des § 5 Abs. 3 des Landes-Polizeigesetzes sind **Tätigkeiten im Rahmen der jeweils üblichen Wirtschaftsführung in der Land- und Forstwirtschaft** von diesem Verbot ausgenommen.

Dem gegenständlichen Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 05.09.2018, GZ Ra 2018/03/0027-6, liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Betreiber einer Landwirtschaft führte in der Nacht von 23.00 Uhr bis 03.00 Uhr mit zwei Traktoren Silierarbeiten durch. Das gegenständliche landwirtschaftliche Anwesen liegt im Bereich des Dorfzentrums. Im verwaltungsstrafrechtlichen Verfahren brachte der Betreiber vor, dass sich wetterbedingt die Arbeiten verzögert hätten, deren Abschluss jedoch unabdingbar gewesen sei.

Der Verwaltungsgerichtshof führte dazu aus wie folgt:

Nach der Bestimmung des § 5 Abs. 3 des Landes-Polizeigesetzes sind Tätigkeiten im Rahmen der jeweils üblichen Wirtschaftsführung in der Land- und Forstwirtschaft

selbst dann nicht ungebührlich im Sinne des Gesetzes, wenn diese störende Auswirkungen haben. Diese Ausnahmebestimmung ist jedoch restriktiv auszulegen und es kommt darauf an, ob nach einem objektiven Maßstab die für den jeweiligen Bereich der üblichen Wirtschaftsführung notwendigen Maßnahmen unbedingt erforderlich sind. Gerade für den Zeitraum, in dem Anspruch auf Nachtruhe besteht, dürfen derartige Maßnahmen/Arbeiten nur in einem unbedingt notwendigen Ausmaß durchgeführt werden. Umgelegt auf den vorliegenden Sachverhalt kommt der Verwaltungsgerichtshof zu der Auffassung, dass es dem Betreiber des landwirtschaftlichen Anwesens bei Orientierung an den in der Landwirtschaft üblichen Methoden der Arbeitsbewältigung möglich gewesen wäre, diese Tätigkeiten ohne Beeinträchtigung der Nachtruhe bzw. mit einer ungleich geringeren Beeinträchtigung durchzuführen. Die vorliegende massive Beeinträchtigung der Nachtruhe von 23.00 Uhr bis 03.00 Uhr könne daher von der im § 5 Abs. 3 des Landes-Polizeigesetzes normierten Ausnahmebestimmung nicht mehr als gedeckt angesehen werden.

2.

Information über die Änderung der Auflösungsabgabe

Die Abgabe nach § 2b Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG), BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/2018, die der Dienstgeber zum Ende jedes arbeitslosenversicherungspflichtigen Dienstverhältnisses oder arbeitslosenversicherungspflichtigen freien Dienstverhältnisses zu entrichten hat (zu den Ausnahmen siehe § 2b AMPFG), wird jährlich mit der Aufwertungszahl vervielfacht. Die Höhe der Auflösungsabgabe wurde durch Kundmachung der Bundes-

ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, BGBl. II Nr. 339/2018, für das Jahr 2019 mit EUR 131,00 festgelegt (bisher: EUR 128,00).

Weiters wird darauf hingewiesen, dass mit Ablauf des 31.12.2019 die Bestimmungen über die Auflösungsabgabe gemäß § 11 Abs. 4 AMPFG außer Kraft treten, sodass die Abgabe für die Beendigungen von Dienstverhältnissen ab 01.01.2020 nicht mehr zu entrichten ist.

3.

Verordnung der Landesregierung vom 27. November 2018 über die Festlegung von Haftungsobergrenzen für Gemeinden und Gemeindeverbände

Am 27. November 2018 hat die Tiroler Landesregierung eine Verordnung über die Festlegung von Haftungsobergrenzen für Gemeinden und Gemeindeverbände, LGBl. Nr. 138/2018, beschlossen. Die Verordnung ist mit 1. Jänner 2019 in Kraft getreten. Gleichzeitig ist die Verordnung der Landesregierung über die Festlegung von Haftungsobergrenzen, LGBl. Nr. 39/2012, außer Kraft getreten.

Übernahme von Haftungen durch Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 1):

Die Verordnung gilt für alle Gemeinden Tirols einschließlich der Stadt Innsbruck sowie die Gemeindeverbände aufgrund der § 129 ff Tiroler Gemeindeordnung 2001. Über die mittelbare Anwendung dieser Verordnung siehe die Ausführungen zu § 5.

Haften ist das Entstehen-Müssen für eine Verbindlichkeit oder für eine Tatbestandsverwirklichung, z.B. für die rechtzeitige und vollständige Tilgung fremder Schulden. Das Wesen einer Haftung besteht unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses darin, dass der Haftungsgeber bei Eintritt normierter Haftungstatbestände zur Leistung herangezogen werden kann.

Der Terminus umfasst somit alle Eventualverbindlichkeiten in Form von Bürgschaften, Garantien, Patronats-

erklärungen, etc. (soweit diese eine Haftung verbiefen, die inhaltlich einer Bürgschaft oder Garantieverklärung gleichkommt) gegenüber Fremdmittelgebern.

Gemeinden und Gemeindeverbände sollten Haftungen nur dann übernehmen, wenn hierfür ein besonderes Interesse der Gemeinde gegeben ist und der Schuldner nachweist, dass im Falle einer Darlehensgewährung eine ordnungsgemäße Verzinsung und Tilgung gesichert ist.

Für welchen Betrag eine Gemeinde haftet, das heißt, für welchen Betrag sie vom Dritten im Haftungsfall in Anspruch genommen werden kann, richtet sich nach dem der Haftung zugrundeliegenden Rechtsverhältnis. Die Höhe des Haftungsbetrages muss eindeutig und ziffernmäßig bestimmt sein. Eine Haftung kann sowohl vertraglich (z.B. Bürgschaftsvertrag) als auch gesetzlich (§ 141 Abs. 2 TGO 2001: Dritten gegenüber haften die einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden für dessen Verbindlichkeiten zur ungeteilten Hand) begründet werden.

Nach § 123 Abs. 1 lit. a TGO 2001 bedürfen Beschlüsse von Gemeindeorganen über die Übernahme einer Haftung einer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Haftungsobergrenze (§ 2):

Die Haftungsobergrenze für die Gemeinden und Gemeindeverbände beträgt landesweise 75 v.H. der Einnahmen der Gemeinden nach Abschnitt 92 gemäß Anlage 2 (Ansatzverzeichnis) der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 (VRV 1997), BGBl. Nr. 787/1996, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 313/2015, des Rechnungsabschlusses der Gemeinden des zweitvorangegangenen Jahres.

Ab dem Finanzjahr 2022 sind anstelle der Einnahmen die Erträge der Gemeinden nach Abschnitt 92 gemäß Anlage 2 (Ansatzverzeichnis) der VRV 2015, BGBl. II Nr. 313, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 17/2018, heranzuziehen. Aufgrund der Berechnung anhand von Finanzdaten des Rechnungsabschlusses des zweitvorangegangenen Jahres steht bereits bei der Erstellung des Voranschlags für das betreffende Finanzjahr bzw. zu Beginn des jeweiligen Finanzjahres die Wertgrenze fest.

Die Haftungsobergrenze wird landesweise festgelegt. Eine Überschreitung im Sinne dieser Verordnung liegt somit erst vor, wenn durch die Summe aller in die Berechnung einzubeziehenden Haftungen die Haftungsobergrenze überschritten wird.

Anrechnung von Haftungen (§ 3):

Die Haftungen werden mit dem Nominalbetrag auf die Haftungsobergrenze angerechnet. Es erfolgt somit im Unterschied zur bisherigen Verordnung keine Gewichtung des Haftungsbetrages mehr.

Gesamthandhaftungen (Solidarhaftungen) bestehen bei den Gemeinden in Tirol va. für Verbindlichkeiten der Gemeindeverbände. Gem. § 141 Abs. 2 TGO 2001 haften die einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden Dritten gegenüber für Verbindlichkeiten des Gemeindeverbandes zur ungeteilten Hand (Solidarhaftung). Diese Solidarhaftungsverpflichtung sichert dem Gemeindeverband günstigere Finanzierungsbedingungen bei Banken und es bedarf keiner eigenen Bürgschaftsverträge als Finanzierungssicherheit. Aufgrund der Bestimmungen der VRV 2015 sowie der Anlage 6r VRV 2015 haben Gemeinden einen Haftungsnachweis zu befüllen, in dem auch diese Solidarhaftungen gegenüber Gemeindeverbänden aufgenommen werden.

Wie sich der von der Gemeinde zu tragende Anteil an den zum 31.12. aushaftenden Darlehen verteilt, ist der jeweiligen Satzung des Gemeindeverbandes zu entnehmen.

Es ist somit notwendig, alle Darlehen des Gemeindeverbandes aufgrund der Verteilungsschlüssel in der Satzung direkt einer Gemeinde zuzuordnen. Die jeweilige Gemeinde hat den anteiligen Betrag dann in den Haftungsnachweis aufzunehmen. Mit dieser anteiligen Anrechnung soll das Ausweisen hoher Haftungsstände vermieden werden, denen aufgrund der Risikostreuung auf alle gesamthandhaftenden Einheiten kein ebenso großes Risiko gegenüber steht.

Die anteilige Aufnahme der Gemeindeverbands-haftungen in den Haftungsnachweis der Gemeinden erfolgt erst mit Umsetzung der Bestimmungen der VRV 2015.

Zur Vermeidung von Doppelanrechnungen sind Haftungen von außerbudgetären Einheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, die nach dem ESVG 2010 dem Verantwortungsbereich dieser Körperschaften zugeordnet sind - Haftungsstände des Sektors Staat (§ 13) nach ESVG 2010 - nicht auf die Haftungsobergrenze anzurechnen.

Im Zuge von Umklassifizierungen nach ESVG 2010 wurden in der Vergangenheit mehrfach institutionelle Einheiten anderen Sektoren nach ESVG 2010 zugeordnet. Zur Regelung der dann allenfalls nicht plan- und gestaltbar entstehenden Haftungsstände des Sektors Staat (§ 13) nach ESVG 2010 wird vereinbart, solche Verwerfungen nicht als Überschreitungen zu werten. Nichtsdestoweniger ist der dadurch allenfalls erhöhte Haftungsstand binnen angemessener Frist wieder auf das Normniveau zu reduzieren.

Untergruppen (§ 4):

Als Gliederungselement innerhalb der Haftungsobergrenze werden drei Untergruppen (Position 1 - Haftungen für Kredit- und Finanzinstitute, Position 2 - Grundbücherlich besicherte Haftungen für Wohnbau-Darlehen, Position 3 - Sonstige Wirtschaftshaftungen) festgelegt, welchen die jeweiligen Haftungen zuzuordnen sind. Eine Haftung für ein Darlehen einer Gemeinde-Immobilien KG ist beispielsweise der Position 3 zuzuordnen.

Übernahme von Haftungen durch andere Rechtsträger (§ 5):

Mit diesen Bestimmungen wird klargestellt, dass alle Regelungen nicht nur für die Gemeinde bzw. den Gemeindeverband selbst, sondern sinngemäß auch für alle Ausgliederungen gelten, die im Sinne des ESVG 2010 dem Sektor Staat zuzuordnen sind und im Verantwortungsbereich der Gemeinde bzw. des Gemeindeverbandes liegen. Ausgliederungen, die im ESVG 2010 als institutionelle Einheiten des Sektors Staat (§ 13) erfasst werden, sind somit auch von den Haftungsobergrenzen nach dieser Vereinbarung erfasst. Die Gebietskörperschaften haben die Aufgabe, die Haftungsübernahmen ihrer Ausgliederungen in den Haftungsobergrenzen zu erfassen und gegebenenfalls entsprechende Governancestrukturen zu implementieren, um dies gewährleisten zu können.

Unter Haftungen derartiger Ausgliederungen sind Haftungen von Rechtsträgern (wie Gesellschaften, Fonds, Vereine) zu verstehen, die dem öffentlichen Bereich zuzuordnen sind (sogenannte Sektor-Staat-Einheiten).

Aus kompetenzrechtlichen Gründen kann der Verordnungsgeber diese Rechtsträger nicht unmittelbar verpflichten. Im § 5 wird daher lediglich die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband verpflichtet, sicherzustellen, dass der betreffende Rechtsträger die Bestimmungen dieser Verordnung beachtet. Die rechtlichen Möglichkeiten der Gemeinde ergeben sich insbesondere aus ihrer gesellschaftsrechtlichen Stellung. Wenn die Gemeinde z.B. Alleingesellschafterin einer GmbH ist, dann kann sie im Wege eines Gesellschafterbeschlusses Einfluss auf die Geschäftsführung nehmen.

Für die Rechnungsabschlüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände der Finanzjahre 2018 und 2019 sind durch diese Verordnung keine Änderungen beim befüllen des Haftungsnachweises vorzusehen. Erst mit Inkrafttreten der VRV 2015 ab dem Finanzjahr 2020 ist der Haftungsnachweis entsprechend der Anlage 6r VRV 2015 zu befüllen. Ab diesem Zeitpunkt sind auch Gemeindeverbandshaftungen anteilig im Haftungsnachweis auszuweisen. Eine entsprechende Information wird diesbezüglich noch zeitgerecht ergehen.

4.

Neuerlassung der Übertragungsverordnung Baupolizei

Die **Verordnung, mit der die Besorgung einzelner Angelegenheiten der örtlichen Baupolizei bestimmter Gemeinden Tirols auf die örtlich jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft übertragen wird**, wurde im Herbst letzten Jahres neu gefasst und erhielt den Kurztitel „Übertragungsverordnung Baupolizei“. Die Kundmachung erfolgte mit LGBL. Nr. 124/2018.

Da es in der Vergangenheit immer wieder Abgrenzungsschwierigkeiten gab, in welchen gewerbe- bzw. wasserrechtlichen Verfahren eine Übertragung möglich ist und welche Aufgaben im Fall der Übertragung von einer Behörde auf die andere übergehen, sollte eine **Klarstellung im Text** der Verordnung erfolgen.

In die §§ 2, 3 und 4 der Verordnung wurde ausdrücklich aufgenommen, dass die Übertragung der Angelegenheiten der Baupolizei sowohl für **Bewilligungs- als auch**

für vereinfachte Verfahren erfolgt und ebenso die Zuständigkeit dann als übertragen anzusehen ist, wenn es sich beim wasser- bzw. gewerberechtlichen Verfahren um ein vereinfachtes Verfahren handelt.

Bisher war keine Differenzierung zwischen den Verfahrensarten im Sinn von Bewilligungsverfahren und vereinfachtem Verfahren vorgenommen worden, dies ist jedoch in der historische Entwicklung der maßgeblichen Bestimmungen begründet: Erst mit dem Gesetz vom 20. Mai 1974, mit dem eine Bauordnung für Tirol erlassen wurde (Tiroler Bauordnung [TBO], LGBL. Nr. 42/1974), wurde die Anzeigepflicht für gewisse Bauvorhaben in die baurechtlichen Vorschriften aufgenommen.

Die Möglichkeit, im Wasserrechtsgesetz 1957 ein Anzeigeverfahren durchzuführen, wurde mit der Novelle BGBL. I Nr. 74/1997 aufgenommen, in die Gewerbe-

ordnung fanden vereinfachte Verfahren mit der Novelle BGBl. Nr. 399/1988 Eingang.

Ausgehend vom Wortlaut des Art. 118 Abs. 7 B-VG 1925, wonach „auf Antrag der Gemeinde [...] die Besorgung einzelner Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches durch Verordnung der Landesregierung beziehungsweise durch Verordnung des Landeshauptmannes auf eine staatliche Behörde übertragen werden“ kann, ist somit der **Gemeinderatsbeschluss** bzw. der auf dessen Grundlage gestellte Antrag für die Ermittlung des subjektiven Willens heranzuziehen. Dies auch stets vor dem Hintergrund der mit der Verordnungsermächtigung verfolgten Zielsetzung, nämlich der Einfachheit und Raschheit im Sinn einer straffen Verwaltung. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass die gefassten Gemeinderatsbeschlüsse sowie die auf deren Grundlage gestellten Anträge eine **umfassende Übertragung** der Baupolizei in „Genehmigungsverfahren“ jeglicher Art zum Ziel hatten und es sollte dies nun auch Eingang in den Text der Verordnung finden.

Weiters wurde klargestellt, dass die Übertragung für das gesamte Gebäude bzw. die gesamte sonstige bauliche Anlage auch dann erfolgt, wenn die **Übertragungsvoraussetzungen nur für Teile eines Gebäudes oder einer sonstigen baulichen Anlage** vorliegen. Besteht eine

gewerbliche Betriebsanlage aus mehreren Gebäuden bzw. sonstigen baulichen Anlagen, so gilt die Übertragung stets in Bezug auf die gesamte gewerbliche Betriebsanlage.

Der Rechtsbegriff „**örtliche Baupolizei**“ ist in Art. 118 Abs. 3 Z 10 B-VG als Angelegenheit zur Besorgung im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde genannt und umfasst alle Maßnahmen, die der Abwehr von Gefahren beim Bau und der Erhaltung von Gebäuden dienen.

Der eigene Wirkungsbereich ist in § 69 der Tiroler Bauordnung 2018 definiert als „Aufgaben der Gemeinde nach diesem Gesetz mit Ausnahme jener nach § 43 Abs. 6 [Vergütung bei vorübergehender Benutzung des Nachbargrundstücks], gegebenenfalls in Verbindung mit § 51 Abs. 5 zweiter Satz [Benützung von Nachbargrundstücken zur Durchführung des Abbruchs], § 53 Abs. 6 [bauliche Anlagen vorübergehenden Bestandes] oder § 58 Abs. 4 [Aufschüttung bzw. Abgrabung]“.

Die übrigen Aufgaben der Gemeinde sind solche des eigenen Wirkungsbereichs und daher vom Begriff der örtlichen Baupolizei umfasst. Damit wird auch klargestellt, dass im Falle von **Umbauten** an Gebäuden, bei denen die Zuständigkeit zur Erteilung der Bewilligung auf die Bezirkshauptmannschaft übergegangen ist, die Bezirkshauptmannschaft für den Umbau auch baurechtlich zuständig ist.

5. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	12.585.724	12.386.870	-198.855	-1,58
Lohnsteuer	22.253.337	25.469.751	3.216.414	14,45
Kapitalertragsteuer	984.290	1.127.169	142.879	14,52
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	604.635	636.249	31.614	5,23
Körperschaftsteuer	17.630.591	21.842.512	4.211.921	23,89
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-34	0	34	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	508	5.167	4.658	916,39
Stiftungseingangssteuer	9.340	17.530	8.190	87,69
Bodenwertabgabe	151.867	177.749	25.882	17,04
Stabilitätsabgabe	57.387	82.144	24.757	43,14
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	54.277.647	61.745.140	7.467.494	13,76
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	20.896.361	19.574.896	-1.321.465	-6,32
Tabaksteuer	1.658.262	1.726.528	68.266	4,12
Biersteuer	154.303	234.745	80.442	52,13
Mineralölsteuer	4.048.657	4.247.669	199.012	4,92
Alkoholsteuer	117.462	133.929	16.467	14,02
Schaumweinsteuer	16.261	16.027	-234	-1,44
Kapitalverkehrssteuern	-252	868	1.120	444,41
Werbeabgabe	101.514	108.452	6.939	6,84
Energieabgabe	885.234	1.321.713	436.479	49,31
Normverbrauchsabgabe	358.412	324.275	-34.137	-9,52
Flugabgabe	99.100	58.408	-40.692	-41,06
Grunderwerbsteuer	8.355.394	10.047.957	1.692.563	20,26
Versicherungssteuer	830.151	740.353	-89.798	-10,82
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.785.818	1.919.068	133.249	7,46
KFZ-Steuer	116.563	121.580	5.018	4,30
Konzessionsabgabe	278.822	261.570	-17.252	-6,19
Summe sonstige Steuern	39.702.061	40.838.037	1.135.976	2,86
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	93.979.708	102.583.178	8.603.469	9,15

6. Bedarfszuweisungen 2018

Bezirk	EWZ per 31.10.2016	Kranken- häuser	Volksschulen	HS, NMS, SPZ, PTS	Abwasser- beseitigung *)	Wasser- versorgung	Wildbach- und Lawinen- verbauung	Katastrophen- schäden	Straßen Wege Brücken	Gemeinde- und Mehrzweck- häuser	Wohn- und Pflegeheime	Kinder- betreuung	Feuerwehr- zwecke	Sonstige Zwecke	Gesamt
Bezirk Innsbruck	58.765	771.000	2.014.000,00		781.900,00	550.000,00	175.000,00	18.162,00	1.431.500,00	300.000,00	827.000,00	931.823,00	660.200,00	1.512.136,00	9.972.721
Bezirk Innsbruck-Land	175.911		2.290.000,00	4.276.700,00	1.288.670,00	2.047.000,00	672.000,00	289.301,00	3.954.200,00	2.850.000,00	1.447.000,00	1.787.617,00	777.150,00	3.152.668,00	25.032.306
Bezirk Innsbruck-Stadt	132.140											10.613,00		10.000.000,00	10.010.613
Bezirk Kitzbühel	63.394	186.500	520.000,00	270.000,00	377.270,00	50.000,00	980.000,00	82.044,00	3.129.500,00	50.000,00		661.422,00	120.250,00	272.300,00	6.699.286
Bezirk Küfstein	107.005	452.400	1.100.000,00	60.000,00	601.330,00	260.500,00	80.000,00	99.378,00	2.753.600,00	2.015.000,00	816.800,00	936.673,00	1.167.400,00	1.961.306,00	12.304.387
Bezirk Landeck	44.046	621.000	1.234.000,00		413.390,00	560.000,00	1.350.000,00	64.045,00	1.858.300,00	615.000,00	619.000,00	625.070,00	826.300,00	1.141.657,00	9.927.762
Bezirk Lienz	48.933		1.135.000,00	590.000,00	1.215.630,00	664.360,00	895.240,00	104.877,00	3.575.750,00	2.192.500,00		251.036,00	15.155,00	3.407.840,00	14.047.388
Bezirk Reutte	32.315	35.000	1.260.000,00	45.000,00	1.017.360,00	1.275.000,00	295.000,00		1.578.500,00	878.000,00	20.000,00	1.066.568,00	405.800,00	1.583.243,00	9.459.471
Bezirk Schwaz	82.540	1.243.220	1.358.800,00	100.000,00	427.950,00	1.213.000,00	70.000,00	467.117,00	3.849.400,00	642.000,00	999.000,00	1.172.966,00	806.400,00	2.537.321,00	14.887.174
Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen															
Gesamtsumme	745.049	3.309.120	10.911.800	5.341.700	6.123.500	6.619.860	4.717.240	1.124.924	22.130.750	9.542.500	4.728.800	7.443.788	4.778.655	25.568.471	118.913.905

*) inklusive 3,0 Mio. Euro Bedarfszuweisungen für den Gebührenhaushalt Kanal

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2018 (vorläufiges Ergebnis)		
	Oktober 2018 (endgültig)	November 2018 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	106,0	106,2
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	117,3	117,6
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	128,5	128,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	142,0	142,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	149,5	149,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	195,5	195,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	303,8	304,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	533,2	534,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	679,4	680,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	681,6	682,9
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat November 2018 beträgt 106,2 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Oktober 2018 um 0,2 Punkte gestiegen (Oktober 2018 gegenüber September 2018 + 0,3 Punkte). Gegenüber November 2017 ergibt sich eine Steigerung um 2,3 Punkte (+ 2,2 %), für Oktober 2018/2017 um 2,3 Punkte (+ 2,2 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck